

Die Ausbildung braucht Platz

Liebe Leserin, lieber Leser

In den 1990er-Jahren verfügte die Armee über 40 bundeseigene und kantonale Waffenplätze sowie rund 500 ordentliche und ausserordentliche Schiessplätze. Seither hat vor allem die Zahl der Schiessplätze abgenommen. Aber auch einige Waffen- und Flugplätze sind aufgegeben worden. Der mittlerweile mehrfach reduzierte Armeebestand, fehlendes Geld, aber auch die zunehmend stärker gewichteten Interessen der Landwirtschaft, des Tourismus und vor allem des Umweltschutzes waren Gründe für die Abgänge.

Die Abstimmung über die Rothenthurm-Initiative 1987 war quasi der Vorläufer dieser Entwicklung. Entgegen der Empfehlung aller bürgerlichen Parteien und auch der Schweizerischen Offiziersgesellschaft hiessen knapp 58 Prozent der Abstimmenden die Vorlage zum Schutz der Moore gut – und verhinderten damit den Bau eines Waffenplatzes im grössten Hochmoor der Schweiz.

Während mit der wachsenden Bevölkerung die Dörfer und Städte immer näher an die militärischen Übungsplätze rückten, musste die Armee sich seither immer mehr einschränken und die Ausbildung ihrer Angehörigen hatte leiser zu werden. Geflogen werden sollte am liebsten gar nicht mehr und wenn allenfalls noch zu Bürozeiten. Mit Kettenfahrzeugen gefahren werden durfte auf immer weniger Strassen. Und wenn noch geschossen werden musste, so sollte das möglichst fernab und ganz sicher nicht über Mittag oder nachts geschehen. Die Armee durfte die schöne Idylle nicht stören, die man sich in den letzten 30 Jahren erschaffen hatte, als viele glaubten, der ewige Friede sei ausgebrochen.

Im Interview (ab Seite 5) zum Themenschwerpunkt «Ausbildung» kommt Korpskommandant Hans-Peter Walser, stellvertretender Armeechef und Chef Kommando Ausbildung, auf dieses Problem zu sprechen. Die Armee muss heute für die Ausbildung ihre eigenen Waffenplätze «zurückerobern». Die in den letzten Jahren aufgehäuften Auflagen erlauben mit Blick auf das heutige Gefechtsfeld häufig keine adäquate Ausbildung. Es fehlt nicht nur der Platz, um Übungen auf Bataillonsstufe durchführen zu können. Auch die Schiesszeiten erlauben es oft nicht, die nötigen Nachtrainings durchführen zu können.

Angesichts der übenden und schiessenden Truppe, die darauf hinarbeitet, wieder die Verteidigungsfähigkeit zu erlangen, spricht Walser vom «Sound of Freedom» – also dem Klang der Freiheit. Die ETH-Studie



Christian Brändli, Chefredaktor

christian.braendli@asmz.ch

«Sicherheit 2024», basierend auf einer repräsentativen Befragung, hat ergeben, dass satte 92 Prozent der Stimmberechtigten der Meinung sind, dass die Schweiz eine sehr gut ausgebildete Armee haben soll. Wenn die Bevölkerung ihrerseits auch den Tatbeweis für diese Absichtserklärung erbringen will, dann muss sie ihre Lärmtoleranzgrenze mindestens für das Militär deutlich erhöhen.

Und konsequenterweise müssen die Bevölkerung und die Politik auch bereit sein, der Armee den benötigten Übungsraum zur Verfügung zu stellen. Die Schweiz ist zunehmend überbaut. Das ist denn auch der Raum, in welchem die Armee am Boden den Verteidigungskampf führen können muss. Doch paradoxerweise verfügt die Armee über keinen Waffen- oder Schiessplatz, auf dem sich dieser Kampf im überbauten Gelände realistisch üben lässt.

Mindestens die Politik scheint sich über den Ernst der Lage weiterhin nicht im Klaren zu sein. Erst in der Juli-Ausgabe habe ich über das Berner Gewurstel in Sachen Armeefinanzierung geklagt. Der jüngste Entscheid der sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates bestätigt nun die schlimmsten Befürchtungen. Nachdem man sich im Frühsommer noch einig war, den Zahlungsrahmen für die Armee um vier Milliarden Franken aufzustocken, versenkte die Kommissionsmehrheit dieses Vorhaben Mitte August in der Schlussabstimmung.

Nach wie vor werden parteipolitische Spielchen getrieben und die Klärung der Finanzierung weiter verzögert. Die Armee muss die Sicherheit der Schweiz und ihrer Bevölkerung garantieren und unsere Freiheit verteidigen können. Dafür braucht sie nicht nur Platz für die Ausbildung, sondern auch das nötige Geld für die Ausrüstung. Was hier viele Bundespolitikerinnen und -politiker bieten, ist schlicht verantwortungslos.